

## 12

**Ministerratsitzung****Samstag, 17. Januar 1948<sup>1</sup>**

Beginn: 9 Uhr 30

Ende: 13 Uhr

*Anwesend:* Ministerpräsident Dr. Ehard, stv. Ministerpräsident Dr. Müller, Innenminister Dr. Anker Müller, Unterrichtsminister Dr. Hundhammer, Finanzminister Dr. Kraus, Wirtschaftsminister Dr. Seidel, Arbeitsminister Krehle, Verkehrsminister Frommknecht, Sonderminister Dr. Hagenauer, Staatsminister Dr. Pfeiffer (Staatskanzlei), Staatssekretär Dr. Schwalber (Innenministerium), Staatssekretär Fischer (Innenministerium-Bauabteilung), Staatssekretär Jaenicke (Innenministerium), Staatssekretär Dr. Lacherbauer (Justizministerium), Staatssekretär Dr. Sattler (Kultusministerium), Staatssekretär Dr. Müller (Finanzministerium), Staatssekretär Geiger (Wirtschaftsministerium), Staatssekretär Sühler (Landwirtschaftsministerium).

*Entschuldigt:* Staatssekretär Dr. Grieser (Arbeitsministerium), Staatssekretär Sedlmayr (Verkehrsministerium).

*Tagesordnung:* I. Konferenz der Ministerpräsidenten in Frankfurt. II. Schulreform. III. Ernährungslage. IV. Gesetz über die Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister und Gemeinderäte. V. Gesetz über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten. VI. Vorbereitung der Gemeindewahlen. VII. Wiedererrichtung der Kreisregierung in Bayreuth und Landshut. VIII. Regierungspräsident Stock. IX. Kräutergarten Dachau. X. Baustoffnotgesetz. XI. Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung. XII. Lage der Entnazifizierung. [XIII. Stellvertreter des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen]. [XIV. Ausgabe von Schnittholzabsenkungsscheinen]. [XV. Termin des nächsten Ministerrats].

*I. Konferenz der Ministerpräsidenten in Frankfurt*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* eröffnet die Sitzung und berichtet zunächst über die Konferenz der Ministerpräsidenten in Frankfurt.<sup>2</sup> Der Vorschlag der Amerikaner und Engländer über die Neuorganisation im Ganzen liege noch nicht vor. Bisher sei nur vorgelegt ein Vorschlag über die Gestaltung eines neuen Gerichtshofs.<sup>3</sup> Es seien verschiedene Kommissionen gebildet worden, an denen er selbst auch teilnehme. Wegen der Länder-Unions-Bank solle noch eine eigene Kommission gebildet werden.<sup>4</sup>

Staatsminister *Dr. Kraus* schlägt hierfür den Landeszentralbankpräsidenten *Dr. Grasmann*<sup>5</sup> vor.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* fährt fort, daß er bezüglich des Gesamtvorschlags darauf bestanden habe, daß alle acht Ministerpräsidenten zusammen eine Entscheidung treffen sollen. Auch bezüglich des Gerichtshofs und der Länder-Unions-Bank habe er ausdrücklich vorbehalten, daß alle Ministerpräsidenten noch zu einer Konferenz zusammenkommen sollten. Er habe neulich schon einmal darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten in Frankfurt außerordentlich groß gewesen seien und daß er sich über manches recht ernstlich

1 Vorlagen der hekt. Protokolle für 1948 [mit Ausnahme des Protokolls vom 2.11. 1948 (Nr. 48)] in NL Ehard 1462.

2 Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der bizonalen Verwaltungen in Frankfurt, 7./8.1.1948, über die Reorganisation des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, *AVBRD* 4 S. 126–182; vgl. *Gelberg*, Ehard S. 104–108. Vgl. auch die Ausführungen Ehard's über die Frankfurter Konferenz im Landtag *StB*. II S. 518 f. (15.1.1948). Im Unterschied zur Konstituierung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes durch die Proklamation Nr. 5 wurde den Ministerpräsidenten, den Vertretern des Wirtschaftsrates und der bizonalen Verwaltungen vor der geplanten Neuordnung der Bizone auf der Frankfurter Konferenz Gelegenheit gegeben, sich zu den Plänen der Alliierten zu äußern.

3 Vgl. Nr. 16 TOP II.

4 Vgl. *AVBRD* 4 S. 133f. und S. 163. Zu der am 1.3.1948 unter dem Namen „Bank Deutscher Länder“ geschaffenen Notenbank der drei westlichen Besatzungszonen vgl. *Horstmann*, Entstehung; *T. Pünder* S. 184–191 und *Vogel*, Westdeutschland III S. 138–143. S. StK 30626 und 30734.

5 Dr. jur. et rer. pol. *Max Grasmann* (1889–1977), 1923–1936 Geschäftsführer bzw. Hauptgeschäftsführer Bayer. Industriellen-Verband, 1937–1947 Direktor der Industrieabteilung der Bayer. Versicherungsbank/Allianz Versicherungs AG, 1947–1955 Präsident der Landeszentralbank von Bayern, 1945–1948 Stadtrat München (CSU), 1946–1948 Landesschatzmeister der CSU.

habe ärgern müssen. Der Mann, der von einem schwarzen Tag des Föderalismus gesprochen habe,<sup>6</sup> habe unmittelbar vorher Vorschläge gemacht, daß die Justiz zur Kompetenz des Wirtschaftsrats kommen solle, daß ein Oberster Gerichtshof und ein Oberstes Finanzgericht für die beiden Zonen errichtet werden sollen, daß der Exekutivrat an die Stelle des Reichsrats treten solle. Diese Vorschläge hätten noch vor der Konferenz hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten den Amerikanern überreicht werden sollen. Das habe er noch verhindern können. Wenn man dann aber Schwierigkeiten habe, brauche man sich nicht zu wundern. Dazu kämen noch die Schwierigkeiten von Seiten des Wirtschaftsrats. Eine endgültige Entscheidung sei aber noch nicht getroffen. Man könne auch noch nicht überblicken, ob es sich um feststehende Befehle der Besatzungsmächte handle, oder ob man noch die Möglichkeit habe, dagegen Vorschläge zu machen.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* ergänzt diesen Bericht durch Einzelheiten.<sup>7</sup>

## II. Schulreform<sup>8</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* führt aus, Anfang Dezember sei von Clay ein Brief gekommen, in dem die bayerischen Vorschläge<sup>9</sup> zur Schulreform abgelehnt worden seien.<sup>10</sup> Nur in zwei Punkten seien konkrete Beanstandungen erhoben worden:

1. solle der Übertritt in die Mittelschule erst nach der 6. Volksschulklasse erfolgen,
2. werde für die Lehrer ein Universitätsstudium verlangt.

Im übrigen könne man über die Sache reden. Er (Clay) werde veranlassen, daß Einzelschulvorschläge demnächst noch gemacht würden. Angekündigte Vertreter von OMGUS seien bis heute nicht gekommen, in der Zwischenzeit sei aber ein neuer Brief eingelaufen, der zahlreiche<sup>11</sup> Forderungen erhebe und gleichzeitig die Vorlage eines neuen Vorschlags bis zum 1. Februar verlange.<sup>12</sup> Daraufhin habe er (Ehard) an den Gouverneur einen Brief geschrieben,<sup>13</sup> er habe mit schmerzlichem Bedauern feststellen müssen, daß man Mißfallen erregt habe, weil der Schulreformplan nicht wunschgemäß gestaltet worden sei. Er bitte aber noch um Mitteilung, ob wir noch Vorschläge machen könnten, oder ob alle<sup>14</sup> Punkte des letzten Briefes Befehle seien, die wir übernehmen müßten. Nun habe er gestern die Antwort bekommen, daß die Direktiven des Generals Clay und des Kontrollrats Befehle darstellten, die zu befolgen seien.<sup>15</sup> Damit sei eine ganz klare Situation gegeben. Die Versuchung sei nun groß, einfach zu sagen, auf Befehl der Militärregierung sei folgender Schulreformplan vorzulegen und ihn dem Landtag zuzuleiten, der ihn dann ablehnen werde. Er habe aber mit dem Kultusminister gesprochen. Man werde befehlsgemäß einen Vorschlag machen.<sup>16</sup> Er glaube aber, daß man es dabei nicht belassen dürfe, da man auch bei der Durchführung des Befehls eine Verantwortung habe. Deshalb sei er der Meinung, daß man neben der befohlenen Vorlage eine zweite Vorlage machen solle, die einen Schulreformplan

6 Gemeint ist Gebhard Seelos; vgl. *Kock*, Bayerns Weg S. 254 sowie die Kritik Ehards an der von Seelos in Frankfurt verfolgten Politik in Nr. 21 TOP I.

7 Zum Fortgang s. Nr. 16 TOP II.

8 Vgl. *Protokolle Ehard* I Nr. 21 TOP II d) und TOP III.

9 Gemeint ist der am 30.9.1947 von Hundhammer der Militärregierung zugeleitete Schulreformplan; vgl. zur Vorgeschichte *Buchinger*, Wiederaufbau S. 570–575. Abdruck des Schulreformplans in *BBd* II Nr. 726; Abdruck bei *Merkt*, S. 136–146. Vgl. zum Gang der Ereignisse auch die Ausführungen Hundhammers *StB*. II S. 643–646 (28.1.1948). S. ferner OMGBY 13/123–2/1, 13/149–1/10 und 15/102–2/17.

10 Ehard irrt bei der Datierung. Es handelte sich um Clay an Ehard, 18.11.1947 (NL Pfeiffer 656 und OMGBY 13/149–1/10); Ehard erhielt diesen Brief durch Van Wagoner am 24. 11. 1947.

11 Die Formulierung geht auf hs. Änderungen MPr. Ehards zurück. Statt „zahlreiche“ hatte es im Registraturexemplar zunächst gelautet: „in 45 Punkten“ (StK-MinRProt 10).

12 Van Wagoner an Ehard, 23.12.1947, betr. Ablehnung des Schulreformplans vom 30.9.1947 (StK 13968 und NL Pfeiffer 656); Abdruck bei *Merkt* S. 170–173; vgl. die dezidierte Stellungnahme Hundhammers zu den einzelnen Abschnitten dieses Schreibens *StB*. II S. 651–656 (29.1.1948). Vgl. *Buchinger*, Wiederaufbau S. 576; *Müller*, Schulpolitik S. 161.

13 Ehard an Van Wagoner, 31.12.1947, betr. Ablehnung des Schulreformplans; Entwurf der Antwort in StK 13968; Abdruck bei *Merkt* S. 174–176. Vgl. *Buchinger*, Wiederaufbau S. 576; *Müller*, Schulpolitik S. 162.

14 Die Formulierung geht auf hs. Änderungen MPr. Ehards zurück. Statt „alle“ hatte es im Registraturexemplar zunächst gelautet: „die Punkte 1–45“ (StK-MinRProt 10).

15 Van Wagoner an Ehard, 14.1.1948 (StK 13968 und StK 30814); Abdruck bei *Merkt* S. 182 f. Vgl. *Buchinger*, Wiederaufbau S. 576 f.; *Müller*, Schulpolitik S. 162.

16 StMUK Hundhammer kam der Aufforderung des Schreibens vom 23.12.1947 nach und legte am 31.1.1948 einen neuen Schulreformplan („Plan für eine Schulreform in Bayern nach den Anweisungen der Militärregierung“) vor. In einer Vorbemerkung erneuerte er seine Vorbehalte, insbesondere gegenüber der geforderten Änderung des gegliederten Schulsystems; Abdruck in *BBd*. II Nr. 1066.

enthalte, wie man ihn machen würde, wenn man frei verfahren könnte, und eine 3. Vorlage, die eine Zwischenlösung enthalte. Dann habe man auch eine Rechtfertigung unseren Leuten gegenüber und es ergebe sich auch im Landtag eine bessere Lage. Wenn dieser die Vorlage ablehne, könne er über die Ablehnung hinaus noch einen Gegenvorschlag machen. Davon habe er den Ministerrat unterrichten wollen. In der Zwischenzeit sei übrigens ein konkreter Befehl gekommen, daß die Lehrerbildung sofort umgestellt werden müsse. Lehrer ohne Abitur dürften nicht mehr zugelassen werden. Das gelte auch für die Lehrer in den Berufsschulen, die Handarbeitslehrerinnen, ja sogar die Kindergärtnerinnen. Alle diese müssen Abitur und mindestens 6 Semester Hochschule haben. Außerdem werde kostenlose Ausbildung verlangt.

### III. Ernährungslage

Ministerpräsident *Dr. Ehard* führt aus, aus der Presse und den Landtagsverhandlungen sei bekannt, daß die 3. und 4. Woche der laufenden Periode fleischlos sein solle, daß sie fettlos sein solle und daß in der 111. Periode überhaupt kein Fett ausgegeben werden solle.<sup>17</sup> Die gespannte Ernährungslage brauche er nicht zu schildern. Sie sei durch den Hilferuf<sup>18</sup> Arnolds<sup>19</sup> verschärft worden. Es sei angeregt worden, daß alle Landwirtschaftsminister der beiden Zonen nach Düsseldorf kommen sollten um zu beraten, was geschehen könne. Diese Besprechung habe gestern stattgefunden.<sup>20</sup> Man müsse unterscheiden zwischen der 110. und 111. Periode. Was für die 110. Periode<sup>21</sup> vorgeschlagen werde, seien ausgesprochene Hilfsmaßnahmen für das Ruhrgebiet. Es solle hier auf die Hälfte des Fetts einschließlich der Zulagen verzichtet werden. Das dadurch freiwerdende Fett solle in das Ruhrgebiet kommen. Dort sei die 108. und 109. Periode<sup>22</sup> noch nicht beliefert. Daneben sei die Forderung gestellt worden, daß die 3. und 4. Woche auch fleischlos werden solle. Damit hätten sich die Vertreter der Länder schließlich einverstanden erklärt, weil die Amerikaner und Engländer gesagt hätten, sie müßten entgegenkommen, sonst bekämen sie überhaupt nichts mehr. Dann sei plötzlich noch eine Idee Podeyns aufgetaucht, daß in der 111. Periode überhaupt kein Fett ausgegeben werden solle, dafür die doppelte Menge Zucker. Auf diese Weise wolle man angeblich eine Reserve schaffen. Die Schwierigkeiten seien vor allem dadurch verschärft worden, daß von den 15000 to Fettimporten, die schon da sein sollten, bis jetzt erst 7000 to da seien, die aber auch erst verarbeitet werden müßten. Außerdem sei uns der Walfang verboten.<sup>23</sup> Wir dürften auch dort kein Fett einkaufen, wo die Möglichkeit gegeben sei. Wir dürften nur aus dem Land importieren, welches für die betreffende Ware gerade zugelassen sei. Für Fett sei das Amerika. Die Ware dort kaufen, wo sie angeboten sei, dürften wir nicht. Staatsrat Niklas<sup>24</sup> habe schließlich bei dieser Konferenz erreicht, daß die Zustimmung der Regierungschefs vorbehalten worden sei. Er habe darauf hingewiesen, daß eine vollkommene Streichung der Fettration für die 111. Periode vollkommen unmöglich sei. Nun sei die Frage, was zu machen sei. Er könne der Streichung für die 111. Periode unmöglich zustimmen. Er habe auch mit den Amerikanern

17 Vgl. „Ungeklärte Ernährungslage“ SZ 17.1. 1948; vgl. Ferner *Erker*, Ernährungslage S. 62 f.; „Die Ernährungslage in Bayern Dezember 1946 bis April 1948“, in: *Bayern in Zahlen* 1948, S. 178–183.

18 Vgl. das Telegramm Arnolds an Ehard, 12.1. 1948: „Die steigende Notlage der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und der unmittelbar drohende Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens zwingen mich zu einem Hilferuf an alle Länder der britisch-amerikanischen Zone. Die Auswirkungen eines solchen Zusammenbruchs würden alle Länder der beiden Zonen auf das Schwerste in Mitleidenschaft ziehen. Um dieser gemeinsamen Gefahr in letzter Stunde zu begegnen, bitte ich auf dem Wege einer sofortigen Sonderaktion alle greifbaren Bestände an Fett, Fleisch und Kartoffel der hungernden Bevölkerung an Rhein und Ruhr zuzuteilen. Einzelheiten der Durchführung müßten durch die Ernährungsminister geregelt werden. Der Militärgouverneur von Nordrhein-Westfalen hat einen gleichen Schritt bei den Gouverneuren der Länder unternommen. Ich vertraue in dieser Stunde auf Ihre Hilfsbereitschaft“ (NL Ehard 1311 und ML 10798); vgl. SZ 13.1.1948.

19 Karl Arnold (1901–1958), 1945 Mitbegründer der CDU in Düsseldorf, 17.6.1947–20. 2. 1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1946–1958 MdL (CDU), 1957/1958 MdB (CDU). S. *Hüwel*; *Karl Arnold*.

20 Die Sitzung hatte am 15./16. 1. 1948 in Düsseldorf stattgefunden; vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen*. 1946 bis 1950 S. 456; SZ 17.1.1948; *Trittel*, Hunger S. 157f. S. das Communiqué dieser Besprechung, 16.1.1948, in NL Ehard 1311.

21 Die 110. und 111. Zuteilungsperiode umfaßten den Zeitraum vom 5.1.-1.2.1948 und vom 2.2.-29.2.1948. Zu den Zuteilungsperioden s. Nr. 6 TOP I Anm. 7.

22 10.11.1947–4.1.1948.

23 MPr. Ehard übermittelte im Februar 1948 an OMGB den Beschluß des Walfischfang-Ausschusses der Industrie- und Handelskammern der dt. Seehäfen betr. Wiederaufnahme des Walfischfanges durch Deutschland. Dahinter stand die Absicht, durch das Walöl die mangelhafte Fettversorgung der Bevölkerung zumindest teilweise auszugleichen; vgl. die negative Antwort Van Wagoners an Ehard, 20.2.1948 (StK 30816).

24 Zu seiner Person s. Nr. 11 TOP V.

schon gesprochen. Diese seien darüber ganz entsetzt gewesen. Sie verträten die Ansicht, dies müsse erst durch die amerikanisch – englische Kontrollkommission genehmigt werden und seien der Meinung, daß eine solche Genehmigung nicht erteilt werde. Er (Ehard) sei nicht dieser Meinung. In Frankfurt sei alles möglich. Die Streichung der Fettzuteilung für die 111. Periode lehne er ab. Bezüglich der 110. Periode müßten wir aber eine Konzession machen. Die anderen Länder hätten alle schon zugestimmt. Wir könnten uns bei dieser Notaktion nicht ausschließen. Dies könnten wir nicht aus innerpolitischen Gründen und nicht aus internationalen Gründen. Er habe gestern noch mit dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes<sup>25</sup> gesprochen. Diese sei bereit, bei dieser Fettgeschichte ihren Einfluß einzusetzen, unter der Voraussetzung, daß es sich um eine Hilfsaktion für das Ruhrgebiet handle. Es ergebe sich nur noch eine Differenz: Die Gewerkschaften hätten sich bezüglich der Normalverbraucher einverstanden erklärt, nicht aber bei den Zulagen. Er hoffe aber, daß die Gewerkschaften uns unterstützen. Ob nicht trotzdem Streiks kämen, wisse man nicht. In Nürnberg seien solche schon im Gang.<sup>26</sup> Auch von Altötting habe er eine Mitteilung bekommen. Er sei aber der Meinung, daß man trotzdem diese Geste machen müsse, und schlage vor, folgendes Telegramm an Arnold zu schicken, von dem ein Abdruck auch an Schlange-Schöningen und die übrigen Ministerpräsidenten gesandt werden solle: „Bin einverstanden, daß Bayern für die 110. Periode auf die Hälfte der Fettzuteilung verzichtet und die Ersparnisse Nordrhein-Westfalen zuweist. Dagegen kann ich unmöglich zustimmen, daß in der 111. Periode überhaupt kein Fett ausgegeben wird, da ein so langer Fettentzug unmöglich ist und nicht durch Zuckerersatz aufgewogen wird“.

Er bitte um die Meinung des Ministerrats hiezu.

Bezüglich des Fleisches habe er zu sagen, daß wir mit 5570 to im Vorschuß seien. Er habe mit Schlange-Schöningen bereits gesprochen. Die Fleischzuteilung werde wohl freigegeben werden, aber erst dann, wenn 75% der notwendigen Menge erfaßt sind. Soviel sei aber noch nicht da. Trotzdem habe er das Fleisch für die 3. Woche freigegeben. Er glaube, das verantworten zu können als Notmaßnahme, da das Fleisch bereitliege und sonst verderbe.<sup>27</sup> Vielleicht könne man auch noch die Kantinenzuschüsse an Fett weitergeben.

Staatssekretär *Geiger* führt aus, ihm sei folgendes nicht erklärlich: Bayern und alle übrigen Länder mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen sollten auf die Hälfte der Fettzuteilung verzichten. Diese Rechnung könne nur richtig sein, wenn die Einwohnerzahl des Ruhrgebiets genau so hoch sei, wie die Einwohnerzahl der übrigen Gebiete zusammen. Nun habe Nordrhein-Westfalen 12 Millionen, die anderen Länder 30 Millionen Einwohner.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, daß auch noch Rückstände aus der 108. und 109. Periode zu decken seien.

Staatssekretär *Geiger* fährt fort, nach den bisher gemachten Erfahrungen sei er sehr skeptisch, ob die Angaben überhaupt stimmten. Wenn die Lage dort wirklich so schlecht sei, müsse er sich wundern, daß von Frankfurt nicht schon längst etwas dagegen geschehen sei.

Staatssekretär *Sühler* erwidert, die Dinge lägen so, daß die Überschußländer für die 108. und 109. Periode ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen seien. Im übrigen mache Nordrhein-Westfalen von sich aus auch schon verzweifelte Anstrengungen.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* fragt an, ob es nicht opportun sei, das Telegramm so zu fassen, daß es sich zur Veröffentlichung in der Presse eigne und auf die bisherigen Leistungen Bayerns hinzuweisen.

25 Lorenz *Hagen*; zu seiner Person s. Nr. 7 TOP I.

26 Vgl. zur Ernährungslage und den Streiks in Nürnberg die Niederschrift (Auszüge) und die Entschließung der außerordentlichen Sitzung des Stadtrats der Stadt Nürnberg, 16.1.1948, *Nürnberg 1945–1949* S. 683–688. Die Nürnberger Gewerkschaftsfunktionäre befürworteten den Streik nicht, vgl. Protokoll der Sitzung des Ortsausschusses des Bayerischen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg, 8.1.1948, *Müller-Ballin* S. 134 f.; s. ferner *Erker*, Ernährungskrise S. 202; *Ders.*, Solidarität S. 95ff.

27 Vgl. das Telegramm Ehards an die VELF, 17.1.1948: „Die Weisung, Fleisch für die 3. und 4. Woche nicht aufzurufen, ist nicht einzuhalten. Zuteilung an Be- und Verarbeitungsbetriebe und Verteilung an Kleinverteiler war nicht abzustoppen. Ware muß ausgegeben werden, da sie sonst verdirbt.“ Das Telegramm wurde noch während der Sitzung um 12 Uhr 30 versandt (NL Ehard 1311). Vgl. ferner die Ausführungen Ehards zu einer entsprechenden Anfrage der SPD im Landtag, *StB*. II S. 582 f. (16.1.1948).

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, das solle gemacht werden. Es solle eine Mitteilung an Rundfunk und Presse gegeben werden.<sup>28</sup>

Staatssekretär *Geiger* sieht große Schwierigkeiten bei der bayerischen Bevölkerung kommen. Es sei allgemein bekannt, daß wir von Nordrhein-Westfalen gar keine Hilfe bekämen. Während unserer Stromkrise habe der Wirtschaftsminister *Dr. Nölting*<sup>29</sup> verboten, daß Strom nach Bayern geliefert werde. Der andere Punkt sei die Kohlenversorgung.<sup>30</sup> Wir bekämen nur 60%, dagegen Westfalen 130%. Er schlage vor, nicht ohne weiteres solche Konzessionen zu machen, wenn wir nicht die Versicherung bekämen, daß uns bei einer Strom- und Kohlenmisere geholfen werde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, er habe Staatsrat Niklas veranlaßt, in dieser Richtung Versuche zu machen. Es sei auch eine Vereinbarung aufgenommen worden, daß zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion eine bessere Erfassung von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen durchgeführt und diese der Landwirtschaft in dem vereinigten Wirtschaftsgebiet zugeteilt werden sollten.<sup>31</sup> Dies sei immerhin ein Anfang. Man dürfe aber nicht aus dem Auge lassen, daß sämtliche deutschen Länder diesem Hilferuf entsprochen hätten. Wenn wir uns ausschließen, bekämen wir die ganze Schuld, wenn etwas passiere und es werde etwas passieren. Es sei eine große Streikbewegung im Gang, die sich auch auf die Bergarbeiter und ganz sicher auf die Verkehrsbetriebe ausdehne. Die Arbeiter hätten erklärt, es werde kein Gramm Kohle mehr transportiert. Schließlich seien wir jetzt in einer sehr kritischen Woche wegen der Verhandlungen in Amerika.<sup>32</sup> *Clay*, der nach Washington fliege,<sup>33</sup> habe verlangt, daß die Erfassungsmethoden um ein Vielfaches verschärft würden. Die Ministerpräsidenten hätten sich auf den Standpunkt gestellt, soweit die Lebensmittel beim Erzeuger lägen, könne man das machen. Soweit man Verdacht habe, daß eine Hortung strafrechtlicher Art vorliege, könne man Polizei hinschicken. Man könne aber nicht ohne Verdacht einfach straßenweise Durchsuchungen veranstalten. Dazu brauche man eine gesetzliche Grundlage. Es sei ihnen erwidert worden, eine solche müsse man dann eben schaffen und zwar innerhalb weniger Tage. *Clay* müsse sie mit nach Amerika mitnehmen. Es sei verlangt worden, daß jede Familie eine eidesstattliche Versicherung abgeben müsse darüber, daß sie nur für 10 Tage Lebensmittel vorrätig habe. Das sei aber eine Unmöglichkeit. Im Wirtschaftsrat werde bereits der 4. Entwurf eines Erfassungsgesetzes behandelt, der eine Auskunftspflicht unter allen möglichen Drohungen für verschiedene Gruppen von Personen enthalte.<sup>34</sup> Ob die Amerikaner damit zufrieden seien, könne man noch nicht übersehen. Auch das sei ein Grund, daß man diese Hilfsaktion selbst auf die Gefahr hin, daß es einen Streik gebe, machen müsse.

Staatsminister *Krehle* ist der Auffassung, daß man den Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten unterstützen müsse. Was die Hilfsaktion für das Ruhrgebiet anlange, werde sich die Gewerkschaft sehr schwer tun, in Bayern dagegen anzugehen, nachdem es sich um eine Hilfe für Kohlenarbeiter im Ruhrgebiet handle. Andererseits sei es sehr gut, wenn man für die Kantinenverpflegung etwas tun könne, damit die Leute warmes Essen im Betrieb hätten. Wir dürften uns unter gar keinen Umständen ausschließen, sonst bekämen wir die Schuld, wenn ein Streik ausbreche, selbst auf die Gefahr hin, daß bei uns kleinere Streiks entstünden. Nun habe er allerdings seine Beobachtungen gemacht bei dem Streik der Münchner Straßenbahner.<sup>35</sup> Die

28 Vgl. die Presseerklärung Ehards, 17.1.1948 (NL Ehard 1311) sowie „Bayern hilft Nordrhein-Westfalen“, Bayer. Staatsanzeiger 24.1.1948; „Bayern hilft dem Ruhrgebiet“, Schwäbische Landeszeitung 20.1.1948 (PA 1948 20).

29 Dr. rer. pol. Erik *Nölting* (1892–1953), 1921 SPD-Mitglied, 1928–1933 Abgeordneter des Preußischen Landtags, 1946–1953 MdL Nordrhein-Westfalen, 1949–1953 MdB (SPD), 1946–1950 Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen. S. *Nölting*.

30 Vgl. „Die Kohlenversorgung Bayerns im Januar 1948“, *Die Information* Nr. 1, 19.1.1948.

31 Vgl. den entsprechenden Antrag Arnolds im Exekutivrat des VWG, 6.1.1948, *AVBRD* 4 S. 124.

32 Der US-Kongreß beriet über die Höhe und Verteilung der Gelder im Rahmen des Marshall-Plans; vgl. NZ 19.1.1948.

33 *Clay* flog am 20.1.1948 in Begleitung seines politischen Beraters *Murphy* nach Washington, um dort über die Zuteilungen an Deutschland aus den Mitteln des Marshall-Plans zu verhandeln, NZ 19.1.1948.

34 Vgl. Nr. 13 TOP I Anm. 6.

35 Am 9.1.1948 war das Personal der Münchner Verkehrsbetriebe in Streik getreten. Die Mitarbeiter drückten damit ihre allgemeine Unzufriedenheit über die Lebensmittellage aus und forderten u.a. die Zuerkennung der Schwerarbeiterkarte. Der Beschluß kam ohne Zustimmung der Gewerkschaften und der Betriebsräte zustande; vgl. *Chronik der Stadt München* S. 330; SZ 10.1.1948.

Gewerkschaften seien außerordentlich schwach und hätten die Leute nicht mehr in der Hand. Es sei zu befürchten, daß die Entwicklung über die Gewerkschaften hinweggehe. Soviel er wisse, seien die Rationssätze bereits bekanntgegeben und das Fleisch aufgerufen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, das Fleisch für die 3. Woche müsse er ausgeben lassen, weil es sonst verderbe. Er wolle auch alles tun, um in der Kantinensache zu helfen. Aber gerade deswegen habe man schon die ganze Zeit die allergrößten Schwierigkeiten mit Frankfurt.

Staatsminister *Krehle* weist darauf hin, auf der einen Seite mache man uns Vorwürfe wegen der Werksküchenverpflegung, auf der anderen Seite seien die anderen Länder bei der Gewährung von Zulagen wesentlich großzügiger als Bayern.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* schließt sich den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten an. Er halte es aber auch für zweckmäßig zu bemerken, daß die anderen Länder ihre Verpflichtungen uns gegenüber nicht eingehalten hätten. Auch damit solle man an die Öffentlichkeit gehen.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* schlägt vor, hier einen gewissen Zwischenraum einzulegen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt fest, daß mit seinem Vorschlag über die Absendung des Telegramms allgemeines Einverständnis besteht.<sup>36</sup>

Staatssekretär *Geiger* möchte nicht mißverstanden werden. Er habe sich vorhin nicht gegen das Telegramm gewendet, sondern nur 2 Punkte zu klären versucht: Der eine sei rein statistisch, da er nicht überzeugt sei, daß bei dieser Verteilung das Zahlenmaterial aufgehe, auch sei er nicht überzeugt, daß die Anforderungen zahlenmäßig begründet seien. Der zweite Punkt sei der, daß er der Meinung sei, wir hätten auch unserem Lande gegenüber die Verpflichtung, mit denselben Forderungen an Nordrhein-Westfalen heranzutreten. Wenn wir in Not seien, müßten wir in der gleichen Weise unterstützt werden, wie wir jetzt das Ruhrgebiet unterstützten. Das beziehe sich sofort auf die Kohlenversorgung, im übrigen auf die Elektrizitätswirtschaft.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, er sei der gleichen Meinung. Man solle aber jetzt keine Bedingungen stellen. Bei diesen Lebensmittelgeschichten erlebe man immer das gleiche. Hier kämen die Befehle der Amerikaner. Wenn er aber sage, sie sollten einen Befehl geben, daß Kohlen oder andere Dinge nach Bayern kämen, erhalte er die Antwort, das sei eine Angelegenheit der deutschen Stellen.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* fragt an, ob man ganz zuverlässige Berichte aus Nordrhein-Westfalen habe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, es sei offenbar richtig, daß es dort der arbeitenden Bevölkerung, abgesehen von den Bergleuten, sehr schlecht gehe.

Staatssekretär *Jaenicke* schlägt vor, keine Bedingungen zu stellen, aber auszudrücken, daß man erwarten dürfe, daß die rückständigen Kohlenlieferungen kämen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, das könne man nicht sagen, da es sich um eine reine Hilfsaktion handle. Wenn man da sage, man wolle etwas dafür haben, setze man sich sofort ins Unrecht. Man müsse dies in einem anderen Zusammenhang anstreben.

Staatsminister *Dr. Seidel* bestätigt diese Ausführungen. Dies gehe aus psychologischen Gründen nicht. Man könne nicht eine Hilfe mit einer Bedingung verknüpfen. Die Regierung von Nordrhein-Westfalen sei nicht daran schuld, daß wir keine Kohlen bekämen. Verantwortlich hiefür sei die deutsche Kohlenbergbauleitung.<sup>37</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* fügt hinzu, die Sache sei nur so zu machen, daß uns die Regierung von Nordrhein-Westfalen zugestehe, daß sie uns beim Wirtschaftsrat in Frankfurt unterstütze.

Staatsminister *Dr. Seidel* bemerkt, auch dieser sei für Kohle nicht zuständig.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, wenn auch nicht für Kohle, dann für andere Dinge.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* weist darauf hin, daß sich in der Süddeutschen Zeitung eine Notiz befinde, worin die Gewerkschaften den Aufruf des Fleisches für die 3. Woche im Einvernehmen mit der

<sup>36</sup> Das Telegramm, das textlich unwesentlich von der im Protokoll wiedergegebenen Fassung abwich, wurde noch während der Sitzung um 11 Uhr 30 versandt (NL Ehard 1311).

<sup>37</sup> Vgl. Nr. 11 TOP IV.

Staatsregierung bekanntgeben.<sup>38</sup> Eine solche Bekanntgabe sei nicht Sache des Gewerkschaftsbundes, sondern der Staatsregierung.

#### IV. Gesetz über die Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister und Gemeinderäte<sup>39</sup>

Staatsminister *Dr. Ankermüller* berichtet über diesen Entwurf.<sup>40</sup> Es wird beschlossen, Art. 2 zu streichen und Art. 3 folgendermaßen zu fassen: „Dieses Gesetz ist dringlich; es tritt am 1. Februar 1948 in Kraft“.<sup>41</sup>

#### V. Gesetz über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten

Staatsminister *Dr. Kraus* berichtet über diesen Entwurf.<sup>42</sup>

Staatssekretär *Jaenicke* äußert Bedenken dagegen, daß die Zuwendungen nur bei Bedürftigkeit bezahlt werden sollen. De facto handle es sich doch um Pensionen. Wer prüfe überhaupt nach, ob der Betreffende bedürftig oder ob die ihm angebotene Arbeit zumutbar sei?

Staatsminister *Dr. Kraus* erwidert, bis jetzt habe es noch keine Schwierigkeiten gegeben. Es empfehle sich, nicht über die jetzige Regelung hinauszugehen, die schon 1 1/2 Jahre bestehe.<sup>43</sup> Der Pensionetat sei ohnedies schon überlastet. Die Aufwendungen für diese Zwecke hätten vor 1/2 Jahr schon 22 Millionen betragen.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* meint, dann werde ein großer Zustrom nach Bayern einsetzen. Man solle doch versuchen, eine Ausgleichskasse zu schaffen.

Staatsminister *Dr. Kraus* meint, diese Frage könne hier jetzt nicht geregelt werden.

Gegen den Gesetzentwurf werden keine Erinnerungen erhoben.<sup>44</sup>

#### VI. Vorbereitung der Gemeindewahlen<sup>45</sup>

Staatsminister *Dr. Ankermüller* führt aus, es seien bezüglich der Gemeindewahlen verschiedene Vorschläge von den Amerikanern gekommen, die man beachten müsse. Zunächst müsse man sich über die Grundsätze einig werden.<sup>46</sup> Eine Frage sei die, ob die Amtsdauer der Gemeinderäte 4 Jahre oder 6 Jahre betragen solle, wobei in letzterem Fall nach 3 Jahren die Hälfte der Gemeinderäte neu gewählt werde. Eine weitere Frage sei die, ob die Bürgermeister mittelbar oder unmittelbar gewählt werden sollen. Hier müsse man auf die Bevölkerungszahl abstellen. Bisher habe es in den Orten bis zu 3000 Einwohnern die direkte Wahl gegeben. Er schlage vor, jetzt auf 20000 hinaufzugehen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* bezeichnet dies als sehr hoch.

Staatsminister *Krehle* hat auch Bedenken, weil keine Möglichkeit eines politischen Ausgleichs mehr gegeben sei.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* schließt sich an. Dadurch gebe der Gemeinderat eine[s] seiner vornehmsten Rechte aus der Hand. Es seien auch politische Unzuträglichkeiten in der Amtsführung zu erwarten.

38 SZ 17.1.1948 S. 1.

39 Das Gesetz war notwendig, um die Amtszeit der Gemeinderäte der kreisangehörigen Gemeinden und der Bürgermeister in Gemeinden bis 3000 Einwohner, die am 3.2.1948 ablief, bis zur Neuwahl im April 1948 zu verlängern, damit die Gemeinden nach dem 3.2.1948 nicht ohne demokratisch gewählte Organe waren; vgl. die Begründung des Gesetzentwurfs in *BBd.* II Nr. 1010.

40 Entwurf und Begründung in *NL Müller B 70/1*.

41 Ehard leitete dem Landtagspräsidenten am 20.1.1948 den Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Amtszeit der Gemeinderäte und Bürgermeister mit Begründung zu; vgl. *BBd.* II Nr. 1010. – Gesetz Nr. 99 über die Verlängerung der Amtszeit der Gemeinderäte, Bürgermeister und Mitglieder der Kreistage vom 30. Januar 1948 (GVBl. S. 4); s. im Detail *StK-GuV 741*.

42 Entwurf des Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten mit Begründung in *NL Müller 70/1*. Lt. Begründung (vgl. *BBd.* II Nr. 1047) hatte *OMGB* verlangt, daß die Gewährung der Zuwendungen, die seit Oktober 1946 auf der Basis einer Anordnung erfolgte, durch Gesetz zu regeln sei; vgl. *OMGBY 10/117-/20*.

43 Vgl. *Protokolle Ehard I* Nr. 22 TOP II.

44 Ehard leitete den Entwurf eines Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten am 26.1.1948 dem Landtagspräsidenten zu; vgl. *BBd.* II Nr. 1047. – Gesetz über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten vom 3. Mai 1948 (GVBl. S. 95).

45 Vgl. Nr. 1 TOP XVII und Nr. 9 TOP III.

46 Zum Gemeindewahlgesetz s. *StK-GuV 715*.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* fährt fort, die Amerikaner schlugen auch die Möglichkeit der Auflösung des Gemeinderats durch ein Volksbegehren und den Rücktritt des Bürgermeisters auf Grund eines Mißtrauensvotums des Gemeinderats vor.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* vertritt demgegenüber die Auffassung, nachdem man in der Verfassung für den Ministerpräsidenten das präsidentielle System habe,<sup>47</sup> müsse dieses erst recht für die Gemeinden gelten.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* meint, da die Verfassung ebenfalls den Mißtrauensantrag nicht kenne, solle man diese Einrichtung auch nicht in die Gemeinde neu aufnehmen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* hält die Auflösung des Gemeinderats durch Volksbegehren für unmöglich.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* stellt die Frage der passiven Wahlfähigkeit der Mitläufer als Bürgermeister und Landräte zur Debatte.<sup>48</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* meint, man müsse endlich einmal die Angelegenheit mit den Mitläufern zu Ende bringen. Schuld an diesem Problem sei die unbefriedigende Handhabung des Entnazifizierungsgesetzes.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* fährt fort, es sei auch die Zulassung von freien Gruppen für Wahlvorschläge erforderlich.<sup>49</sup> Bisher habe man hierfür 25 Unterschriften verlangt; er schlage vor, es so zu belassen.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* erklärt, man solle die Erfordernisse hinaufschrauben und an Unterschriften die zehnfache Zahl der Gemeinderatssitze verlangen. Man müsse gewisse Erschwerungen einbauen, um u.U. wieder entstehende nationalsozialistische Mehrheiten auszuschalten.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* kommt noch einmal auf das passive Wahlrecht zu sprechen.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* schlägt vor, den Mitläufern das passive Wahlrecht noch nicht zu gewähren.

Staatsminister *Dr. Seidel* hält dies nicht für möglich. Unter den Mitläufern seien auch Leute, die niemals Nazis gewesen seien und die man brauche.

Staatsminister *Dr. Kraus* hält es für allmählich an der Zeit, die Diffamierung der Mitläufer aufzuheben. Die Mehrzahl sei doch eigentlich nur formal belastet. Es müsse doch einen anderen Weg geben, ungeeignete Menschen auszuschließen. Wenn jemand im nationalsozialistischen Sinn tätig werde, müsse die Staatsregierung eingreifen können.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* verneint dies für den Fall, daß man den Begriff der Selbstverwaltung so weit auslege, wie es die Amerikaner von uns verlangten.

Staatsminister *Dr. Kraus* spricht sich für eine endliche Befriedung aus; dadurch, daß man die Mitläufer ausschließe, schließe man sie zusammen.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* fährt fort, bezüglich des Wahlmodus werde das Streichen, Häufeln und Panaschieren verlangt. Er meine aber, wenn mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten nicht panaschiert habe, solle die Liste als gewählt gelten.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* erklärt, er habe Mr. Bradford<sup>50</sup> entgegengehalten, daß das Verfahren zu umständlich sei. Dieser habe ihm erwidert, wenn es in New York gehe, werde es in München auch gehen. Es schade nicht, wenn die Ergebnisfeststellung länger dauere.

47 Schwalber bezieht sich auf die Regelung des Art. 44 der Bayerischen Verfassung, der eine vierjährige (seit 1998 eine fünfjährige) Amtszeit des Ministerpräsidenten vorsieht und darauf verzichtet, dem Landtag das Recht einzuräumen, den Regierungschef durch ein Mißtrauensvotum abberufen zu können; vgl. *Nawiasky/Leusser* S. 116, 121; *Schmidt* Bd. 1 S. 236 ff.; *Fait*, Erneuerung S. 145 f., 504 f.

48 Art. 5 (2) (Wählbarkeit) lautete schließlich im Gesetz Nr. 103 über die Wahl der Gemeinderäte und der Bürgermeister (Gemeindewahlgesetz) vom 27. Februar 1948 (GVBl. S. 19): „Nichtwählbar sind außer den in Art. 2 aufgeführten Personen: 1. Minderbelastete; 2. Personen, die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen (ausgenommen HJ und BDM) waren, solange noch keine rechtskräftige Spruchkammerentscheidung vorliegt“. Art. 4 (2) (Wahl des Landrates) des Gesetzes Nr. 102 über die Wahl der Kreistage und Landräte (Landkreiswahlgesetz) vom 27. Februar 1948 (GVBl. S. 17) lautete: „Zum Landrat kann nur gewählt werden, wer vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 (GVBl. Seite 145) nicht betroffen oder wer rechtskräftig entlastet worden ist“. Danach konnten Mitläufer nicht zu Landräten, jedoch zu Bürgermeistern gewählt werden.

49 Vgl. Van Wagoner an Ehard, 8.12.1947 (StK-GuV 715).

50 Col. John P. Bradford, 1. 10.1945–31.3.1946 Military Government Officer Stadt- und Landkreis Würzburg, 1946–1950 Chief Governmental Structures Branch (Regierungsangelegenheiten) bzw. Governmental and Political Branch der Civil Administration Division OMGB, u.a. für die Prüfung der bayer. Gesetzgebung verantwortlich; vgl. *Heydenreuter* S. 190 f., 206. S. *Herde* S. 261; *Henke*, Besetzung S. 280–283.



Staatsminister *Dr. Ankermüller* meint, er persönlich sei dafür, das Wahlgesetz<sup>51</sup> sehr kurz zu machen und alle übrigen Bestimmungen einer Wahlordnung<sup>52</sup> zu nehmen. Es werde auch die Meinung vertreten, alles in ein Gesetz zu schreiben. Dies habe den Nachteil, daß jede Änderung wieder vor den Landtag kommen müsse. Der Entwurf müsse in der nächsten Ministerratssitzung behandelt werden.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, dann müsse der Entwurf aber den anderen Ministerien so rechtzeitig zugestellt sein, daß sie sich damit vorher befassen könnten.<sup>53</sup>

#### VII. Wiedererrichtung der Kreisregierung in Bayreuth und Landshut<sup>54</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, der Gesetzentwurf<sup>55</sup> über die Wiedererrichtung der Regierung in Bayreuth und Landshut müsse nunmehr vorgelegt werden.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* antwortet, er würde das machen, aber das Finanzministerium habe die größten Bedenken.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, hier handle es sich um eine Verfassungsbestimmung.<sup>56</sup> Der Landtag müsse entscheiden. Auf einen rein fiskalischen Standpunkt könne man sich nicht stellen.

Staatsminister *Dr. Kraus* erklärt, er habe bei der ersten Behandlung im Ministerrat sehr stark opponiert.<sup>57</sup> Er stehe auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Sache personell und finanziell nicht durchzuführen sei. Seine Ausführungen hätten den Ministerrat damals anscheinend stark beeindruckt, der Ministerpräsident habe aber in der nächsten Sitzung gesagt, daß der Entwurf doch an den Landtag gehen solle.<sup>58</sup> Er habe dann nicht mehr opponiert, sich aber vorbehalten, seine Bedenken im Landtag geltend zu machen. Seine Bedenken seien noch stärker geworden. Die Finanzlage sei trostlos, auf dem Gebiet der Unterrichtsverwaltung schein man das aber nicht zu berücksichtigen. Wie denke man sich denn die Neuerrichtung von Universitäten?

Staatsminister *Dr. Hundhammer* erwidert, für Bamberg und Regensburg stünden Stiftungen zur Verfügung.

Staatsminister *Dr. Kraus* fährt fort, solche Stiftungen bedeuteten für ihn gar nichts. Alle diese Gelder kämen aus der Wirtschaft und aus Steuermitteln. Der Landkreisverband Niederbayern/Oberpfalz wolle eine Million für die Universität Regensburg stiften,<sup>59</sup> aber RM 2000.– Zuschuß für eine Wasserleitung einer armen Gemeinde seien angeblich nicht da. Man müsse froh sein, wenn man den Bildungs- und Kulturapparat einigermaßen heil über die Währungsreform hinwegbringe. Das werde aber nicht möglich sein. Man könne nicht mit einem Defizit in eine Währungsreform hineinschlittern. Auch der Ministerrat müsse diesen uferlosen Plänen entgegentreten.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* erklärt, über diese Fragen müsse man sich besonders unterhalten.

Staatsminister *Dr. Kraus* fügt noch hinzu, die Errichtung der Akademie der Schönen Künste liege auch auf dieser Linie.<sup>60</sup>

Staatssekretär *Sühler* bemerkt, über das Sparsamkeitsprinzip sei man sich einig. Aber die Wiedererrichtung der Kreisregierung sei verfassungsmäßig und zwar termingemäß festgelegt.

Staatsminister *Dr. Kraus* erwidert, ehestens heiße, wenn die Mittel da sind. Er sei vollständig damit einverstanden, wenn der Gesetzentwurf an den Landtag gehe. Er werde aber dann den Abgeordneten das Nötige sagen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* führt aus, er sei auch der Meinung, daß man sparen müsse. Neben den fiskalischen Gesichtspunkten dürfe man aber die politischen und staatsrechtlichen Gesichtspunkte nicht außer

51 Gesetz Nr. 103 über die Wahl der Gemeinderäte und der Bürgermeister (Gemeindewahlgesetz) vom 27. Februar 1948 (GVBl. S. 19).

52 Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen (GWO) vom 3. März 1948 (GVBl. S. 29).

53 Zum Fortgang s. Nr. 17 TOP II.

54 Vgl. *Protokolle Ehard I* Nr. 10 TOP XXV, Nr. 26 TOP V und Nr. 27 TOP V . S. PA 1948/25.

55 Exemplar in StK 11696.

56 Art. 185 lautet: „Die alten Kreise (Regierungsbezirke) mit ihren Regierungssitzen werden ehestens wiederhergestellt.“

57 Vgl. *Kraus in Protokolle Ehard I* Nr. 26 TOP V .

58 Vgl. *Protokolle Ehard I* Nr. 27 TOP V .

59 Vgl. *Protokolle Ehard I* Nr. 33 TOP XII sowie MK 73046.

60 Vgl. Nr. 9 TOP XVI sowie zum Fortgang Nr. 20 TOP X und Nr. 21 TOP III.

acht lassen. Man dürfe solche Dinge nicht nur fiskalisch betrachten. Andere Länder hätten genauso wenig Mittel wie wir, hätten aber den Apparat in größtem Umfang. Man müsse auch den politischen Hintergrund berücksichtigen und nicht aus dem Auge lassen. Was man politisch auf lange Sicht verderbe, könne man vielleicht überhaupt nicht mehr gutmachen. Über die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen und finanziellen Krise könne man vielleicht hinwegkommen, auch wenn man im Augenblick zuviel ausbebe. Bloß fiskalisch könne man aber nicht alles betrachten, insbesondere in unserer besonderen Situation. Man müsse sich darüber noch einmal unterhalten. Der Gesetzentwurf solle aber einmal vorgelegt werden.

Hiermit herrscht allgemeines Einverständnis.

Staatsminister *Dr. Kraus* erklärt noch, ihm seien die politischen Gesichtspunkte auch sehr gut bekannt. Wenn aber kein Geld da sei, lasse sich nichts machen. Auch die Politik ende beim Rechenstift. Er denke wirtschaftlich und nicht fiskalisch.<sup>61</sup>

### VIII. *Regierungspräsident Stock*

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erkundigt sich nach dem Stand der Angelegenheit Stock.<sup>62</sup>

Staatsminister *Dr. Ankermüller* erwidert, diese sei erledigt, er habe für den Ministerpräsidenten einen Brief an Stock entworfen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* verliest den Entwurf.<sup>63</sup>

Mit ihm herrscht Einverständnis.

### IX. *Kräutergarten Dachau*

Staatsminister *Dr. Hundhammer* führt aus, *Dr. Auerbach* wolle sich hinter General Clay stecken, um den Kräutergarten Dachau<sup>64</sup> zu bekommen.<sup>65</sup> Andererseits habe die Property Control Abteilung der Militärregierung einen Brief geschrieben, daß das wertvolle Inventar für wissenschaftliche Forschungen zu dienen habe und habe empfohlen, einem Pachtvertrag mit der Universität München einem solchen mit Privatunternehmen den Vorzug zu geben. Auch der Weihbischof<sup>66</sup> habe namens der katholischen Geistlichen, die den Boden des Kräutergartens mit ihrem Blut getränkt hätten, geschrieben, daß die Universität berücksichtigt werden solle.<sup>67</sup>

61 Zum Fortgang s. Nr. 24 TOP III.

62 Vgl. Nr. 9 TOP IV und Nr. 11 TOP II.

63 Vgl. Ehard an Stock, 26.1.1948: „Zu Ihrer durch den Direktor der Militärregierung Bayern verfügten Befreiung von jeglichem Beschäftigungsverbot und Ihrer damit erreichten völligen Rehabilitation beehre ich mich, Ihnen meine aufrichtigen Glückwünsche zu übermitteln. Gleichzeitig darf ich Ihnen die Anerkennung und den Dank der Staatsregierung für Ihr ersprießliches Wirken als Regierungspräsident von Unterfranken in schwerer Zeit aussprechen. Ihrem Wunsch, Sie wieder als Regierungspräsident einzusetzen, kann ich zu meinem Bedauern nicht entsprechen, weil der Posten des Regierungspräsidenten von Unterfranken durch meinen Vorgänger wieder ordnungsgemäß besetzt wurde und andere Regierungspräsidentenstellen zur Zeit nicht frei sind. In der Absicht, Ihnen eine wenigstens teilweise Wiedergutmachung zu gewähren, hat der Ministerrat beschlossen, Ihnen die Dienstbezeichnung „Regierungspräsident“ mit dem Zusatz „außer Dienst (a.D.)“ zu verleihen und Ihnen als Übergangsgeld für die Zeit vom 1.9.46 bis 31.12.47 die vollen Dienstbezüge eines Regierungspräsidenten und vom 1.1.48 bis 30.6.48 50 v.H. dieser Beträge nachzuzahlen. Mit der Bitte, in dem mitgeteilten Beschluß des Ministerrats den aufrichtigen Wunsch der Staatsregierung erkennen zu wollen, Ihnen jede nach Lage des Falles mögliche Genugtuung zu verschaffen verbleibe ich in ausgezeichnete Wertschätzung Ihr sehr ergebener Dr. Hans Ehard Bayer. Ministerpräsident“ (MInn 85149).

64 Im Kräutergarten des Konzentrationslagers Dachau betrieb die Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung, ein 1939 gegründetes Wirtschaftsunternehmen der SS, im Rahmen der nationalsozialistischen Autarkie- und Kriegsvorbereitungspolitik den Anbau und die Erforschung von Gewürz- und Heilkräutern. Profitabel war lediglich der Gewürz-anbau, insbesondere die Pfeffermühle. Seit April 1942 wurden für die besonders harte Arbeit im Kräutergarten vor allem Geistliche eingesetzt; vgl. *Sigel; Jacoben/Kopke* S. 87–112; *Mack*.

65 Vgl. Auerbach an Hundhammer, 7.1.1948. Darin hieß es u.a.: „Je länger wir von den Ereignissen der letzten 12 Jahre abkommen, desto kleiner werden die Chancen einer wirklichen Wiedergutmachung und eine Anlage wie die Dachauer, die mit dem Blut unserer Kameraden erbaut wurde, verdient wohl in erster Linie, als Wiedergutmachungsobjekt angesehen zu werden.“ [...] „Aufgrund der angeführten Gründe und unserer Besprechung bitte ich Sie, verehrter Herr Minister, nunmehr Ihre Zustimmung zu geben, daß der Verwaltungsrat des Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung in seiner nächsten Sitzung mit der vom Staatskommissariat vorzuschlagenden GmbH einen Pachtvertrag auf die Dauer von 5 Jahren abschließt und uns gleichzeitig einen Vertragsentwurf für einen Vertrag zwischen der neuen Firma und dem Kultusministerium vorzuschlagen“ (StK 13645). S. ferner MK 69846, 69847 und 69848 sowie NL Schwalber 41. Vgl. auch den mit „Dr. R. P.“ gezeichneten Artikel im Bayer. Staatsanzeiger, 6.12.1947, der den Vorschlag Auerbachs für die Verwendung des Kräutergartens positiv würdigte. S. ferner *Marcuse, Legacies* S. 135–141.

66 Johannes *Neuhäusler* (1888–1973), Prälat, Politischer Berater von Kardinal Faulhaber, 11.7.1941 bis Kriegsende 1945 im KZ Dachau, 1947 Weihbischof des Erzbistums München und Freising.

67 Vgl. Neuhäusler an StMUK, 31.10.1947 (MK 69847).

Es handle sich um eine einmalige Einrichtung in Deutschland für Studenten der Pharmazie.<sup>68</sup> Er schlage vor, daß der Ministerrat folgenden Beschluß fasse, durch den er in der Sache abgeschirmt werde:

Der Ministerrat hat sich in Übereinstimmung mit dem von der Finanzabteilung der Militärregierung vertretenen Standpunkt dahin ausgesprochen, daß der unter Vermögensverwaltung des Landesamts stehende ehemalige Kräutergarten Dachau zur Nutzbarmachung für Zwecke der Forschung und des Lehrbetriebs der Universität zur Verfügung steht. Das Kultusministerium wird ermächtigt, die Vorbereitung für den Pachtvertrag zu treffen.

Staatssekretär *Dr. Schwalber* berichtet hiezu, daß Dr. Auerbach versucht habe, uns vor die vollendete Tatsache zu stellen. Vor 14 Tagen habe er Presse und Rundfunk nach Dachau bestellt, um dadurch vorzubeugen, daß anders entschieden werde.<sup>69</sup> Es bestehe die Gefahr, daß durch Mißwirtschaft alles verloren gehe. Jetzt habe man schon ein Defizit von 100000 RM. In ganz kurzer Zeit werde alles verwirtschaftet sein.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* führt aus, man müsse unterscheiden zwischen dem Kräutergarten und den Gebäuden und der Gewürzmühle. Die Gewürzmühle diene nur wirtschaftlichen, das andere nur wissenschaftlichen Zwecken. Er habe selbst schon in dieser Sache verhandelt. Er habe zum Teil die Sorge für die Hinterbliebenen der Leute vom 20. Juli übernommen. Er sei damals der Auffassung gewesen, daß die Gewürzmühle einer Stiftung zugewendet werden solle, welche für die Kinder der Opfer sorgen solle. Jetzt werde die Sache von Dr. Ludwig Schmitt<sup>70</sup> betrieben, bezüglich dessen politischer Verfolgung ein großes Fragezeichen bestehe.<sup>71</sup> Er spreche sich auch für den Erlaß dieses Beschlusses aus. Die Frage der Gewürzmühle solle man aber offenlassen. Diese solle nicht Schmitt, sondern einer Stiftung für die Hinterbliebenen zugutekommen.

Staatsminister *Dr. Kraus* macht darauf aufmerksam, daß zunächst der ganze Komplex dem Bayerischen Staat anheimfallen werde, da das Finanzärar grundbuchmäßig Eigentümer des Areals und damit auch der Gebäulichkeiten sei. Auch in seinem Ministerium habe man sich bereits Gedanken gemacht, was geschehen solle. Der jetzige Antrag sei für ihn überraschend. Persönlich sei er der Meinung, daß man den Kräutergarten besser für wissenschaftliche Forschung und Ausbildung zur Verfügung stelle. Dr. Auerbach wolle aus Dachau und Flossenbürg eine Unterlage schaffen für die Zuwendung der täglichen 10 – RM für jeden KZ'ler. Er (Auerbach) habe erklärt, beide zusammen hätten einen Wert von 100 Mill. Das müsse er (Kraus) bezweifeln. Das Projekt, in Dachau und Flossenbürg großindustrielle und gewerbliche Anlagen aufzuziehen und den KZ'lern Anteile zu geben, schein ihm nicht durchführbar. Wenn man den KZ'lern pro Hafttag 10.– RM gebe, so mache das für Bayern allein eine Belastung von 260 Mill. aus. Er sei dafür, daß man über die Verwendung des Kräutergartens im Sinne des Antrags des Kultusministers beschließen solle, wolle eines aber bemerken, daß der Bayerische Staat Eigentümer sei und daß zunächst nur ein Pachtvertrag in Frage kommen könne. Die Finanzverwaltung müsse bei der künftigen Verwendung der Objekte mitreden können.

68 Hundhammer favorisierte die Zuweisung der Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung an das StMUK für das Institut für Pharmazeutische Arzneimittellehre der Universität München; vgl. Hundhammer an Ehard, 1.8.1947 (StK 13645).

69 Vgl. zur Pressekonferenz Auerbachs in Dachau, 28.11.1947, MK 69846, NL Ehard 1504 sowie Münchner Mittag 1.12.1947.

70 In der Vorlage fälschlich „Schmidt“. – Gemeint ist Dr. med. Ludwig Schmitt (1896–1963), zunächst Franziskaner, anschließend vor und nach dem Zweiten Weltkrieg Betreiber einer Klinik bzw. Praxis für Atemheilkunde in der Leopoldstraße 3 in München, 1934 wegen einer Anklage zur Vorbereitung des Hochverrats in Untersuchungshaft, Leibarzt von Rudolf Heß in Berlin, nach dessen Englandflug (10.5.1941) verhaftet, 12.7.1941–24.2.1942 KZ Sachsenhausen, Unterbringung im Zellenbau als „Sonder- oder Ehrenhäftling“, anschließend Überstellung in das Hausgefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße ebenfalls als „Ehrenhäftling“, Entlassung Januar 1945, bei Kriegsende auf einem Bauernhof in Haifing bei Rosenheim in Arbeit, seit 1945 Inhaber einer Kräuterplantage in Planegg, Landesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Bayern (zur Gründung der VVN in Bayern vgl. *Goschler*, Wiedergutmachung S. 133; am 7.3.1947 wurde die VVN vom StMI für Bayern zugelassen (StK 13802); lt. SZ 3.2.1948 wurde er auf der Landeskongress der VVN in Fürth einstimmig als Vors. wiedergewählt), der gleichzeitig als Vorsitzender einer Arbeitsgemeinschaft „Ernährung aus dem Wald“ sowie als Betreiber einer Genossenschaft „Ernährung aus dem Wald“ i.G. in Erscheinung trat und persönliche wirtschaftliche Interessen mit einer zu gründenden „Heilkräuter Dachau GmbH“ verfolgte; in den fünfziger Jahren Inhaber der Firma „Jukunda“ (Johanneskrautöl etc.); vgl. im Detail StK 13645; MK 69846 und 69847; Sammlung Personen 7768 sowie NL Schwalber 76.

71 Josef Müller war vom 26.9.1944 bis 7.2.1945 gleichzeitig mit Schmitt im Gefängnis in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße inhaftiert gewesen; vgl. *Rürup* S. 172. Zum Fortgang s. Nr. 20 TOP VII.

Staatsminister *Dr. Hundhammer* meint, die Gewürzmühle könne man nicht so einfach herausnehmen, da sie in den Komplex eingebaut sei. Man müsse diese Sache wohl der praktischen Durchführung überlassen.<sup>72</sup>

#### X. *Baustoffnotgesetz*<sup>73</sup>

Staatssekretär *Dr. Schwalber* erklärt, die Behandlung des Baustoffnotgesetzes sei vordringlich.<sup>74</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, nachdem der Entwurf nicht da sei, könne die Sache heute nicht besprochen werden. Dies solle aber im nächsten Ministerrat erledigt werden.<sup>75</sup>

#### XI. *Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung*<sup>76</sup>

Staatsminister *Krehle* berichtet über diese Verordnung und erklärt auf Anfrage von Staatssekretär *Dr. Lacherbauer*, daß durch diese der Staatshaushalt nicht berührt wird.<sup>77</sup>

Mit dem Erlaß der Verordnung durch die Staatsregierung besteht Einverständnis.<sup>78</sup>

#### XII. *Lage der Entnazifizierung*

Staatsminister *Dr. Hagenauer* berichtet über die Lage der Entnazifizierung. Ihr Stand sei trostlos. Die Rückstände wüchsen immer mehr an. Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen werde, stünde er vor dem völligen Bankrott. Man dürfe sich nicht dadurch täuschen lassen, daß die eine oder andere Spruchkammer ihre Tätigkeit beendet habe. Die wirklich schweren Fälle seien alle noch zu erledigen. Wenn er keine Unterstützung in personeller Hinsicht bekomme, wisse er nicht mehr, wie er weitermachen solle. 10000 Fälle lägen beim Kassationshof,<sup>79</sup> 20000 bei den Berufungskammern, davon allein 7000 in Regensburg. In Würzburg finde überhaupt keine Sitzung statt.<sup>80</sup> Dabei müßten nach dem Befehl von General Clay alle Leute, die in erster Instanz zu Arbeitslager verurteilt seien, sofort eingeliefert werden, ohne Rücksicht darauf, ob das Urteil rechtskräftig sei oder nicht.<sup>81</sup> Über eine Berufung werde erst in vielen Monaten entschieden. Viele kleine Beamte seien brotlos und säßen schon seit 3 Jahren auf der Straße. Er habe schon wiederholt um Unterstützung gebeten, sie sei ihm auch zugesagt worden, bekommen habe er aber fast nichts.<sup>82</sup>

Staatsminister *Dr. Kraus* erklärt, er habe Leute abgestellt.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* fährt fort, er habe vom Justizministerium 6 Leute angefordert und 10 Leute aus der übrigen Justiz; bekommen habe er aber nur 2 aus dem Justizministerium und 2 aus der Justiz. Wenn er alle bekommen hätte, hätte er die Rückstände aufarbeiten lassen können. Wo man hinschaue, gebe es Fehlbesetzungen. Die Leute hätten auch keine Wohnung; insbesondere stehe es schlecht mit der Ernährung.

Staatssekretär *Fischer* bemerkt, er habe 6 Leute des mittleren technischen Dienstes angeboten.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* glaubt, daß man mit der bisherigen Praxis überhaupt nicht durchkomme. Er habe Clay und Murphy<sup>83</sup> erklärt, es gebe nur eine Möglichkeit, die Kriegsverbrecherprozesse durchzuführen

72 Zum Fortgang s. Nr. 13 TOP II.

73 Vgl. Nr. 8 TOP VII.

74 Die SPD-Landtagsfraktion hatte in dieser Frage die Initiative ergriffen und dem Landtag am 28.8.1947 den Entwurf eines Gesetzes zur Erfassung und Verwendung von Baustoffen in Privatbesitz vorgelegt; vgl. *BBd.* II Nr. 669; s. ferner StK-GuV 679.

75 Zum Fortgang s. Nr. 17 TOP III.

76 Vgl. *Protokolle Ehard I* Nr. 32 TOP III und IV.

77 Die Unterstützung wurde aus den Überschüssen der Arbeitslosenversicherung bestritten, die unter der Bezeichnung Landesstock Bayern als Sondervermögen bestand, das kein Teil des staatlichen Kassenbestandes war; vgl. *Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge* S. 45.

78 Verordnung Nr. 143 über Kurzarbeiterunterstützung vom 26. Januar 1948 (GVBl. S. 14).

79 Vgl. *Protokolle Ehard I* Nr. 28 TOP XX.

80 Die Berufungskammer in Würzburg konnte erst im Dezember 1947 ihre Tätigkeit aufnehmen. Anfang 1948 lagen ihr ca. 2500 unerledigte Verfahren vor; *Schott, Amerikaner* S. 87 f.

81 Vgl. *Protokolle Ehard I* S. 622 Anm. 70.

82 Vgl. Nr. 3 TOP XI.

83 Robert D. *Murphy* (1894–1978), Diplomat, Sept. 1944 – März 1949 General Clay zugeordneter U.S. political adviser for Germany, anschließend Leiter der Deutschland- und Österreich-Abteilung im Außenministerium, 1949–1952 Botschafter Brüssel, 1952–1953 Tokio, 1953–1959 Stellv. Unterstaatssekretär im State Department. Murphy kannte den Leiter der StK, Staatsminister Pfeiffer, aus seiner Zeit als Vize-Konsul in München in den zwanziger Jahren persönlich und über diesen weitere führende bayer. Politiker. Vgl. zu seiner Rolle beim Wechsel vom Kabinett Schäffer zum

und die anderen Sachen zu bereinigen. In 2–3 Monaten müßten diese Geschichten abgestoppt werden. Die Justiz könne keine Richter mehr hergeben, da er unbelastete Richter für die Kriegsverbrecherprozesse<sup>84</sup> und die Rückerstattungsbehörden und die Oberlandesgerichte brauche.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* fragt, was vordringlicher sei, die Entnazifizierung oder die Rückerstattung oder die Kriegsverbrecherprozesse.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, unter den öffentlichen Klägern seien aber auch eine Menge Leute, die Berufung einlegten, auch wenn diese in keiner Weise begründet sei. Auf diese Weise komme man nicht zu Ende. Auch das Landesamt für Vermögensverwaltung getraue sich nicht, unfähige Treuhänder abzusetzen.<sup>85</sup> Wenn in einem Geschäft einmal ein Treuhänder sei, dann sei es meist sehr gefährdet.<sup>86</sup> Das sei die Kehrseite. Darum wehrte sich auch eine Reihe von Leuten, bei dieser Art von Rechtsprechung mitzumachen.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* erwidert, dies sei vollkommen richtig. Eine Korrektur könne aber nur erfolgen, wenn man geeignete Leute an die richtige Stelle bringe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* fragt, was getan werden könne, um das Unheil, das durch die uferlosen Berufungen angerichtet worden sei, zu bereinigen. Könne man nicht einen Mann beauftragen, diese Berufungen nachzuprüfen und gegebenenfalls zurückzunehmen? Dieser müsse vernünftig und nicht schematisch verfahren.

Stv. Ministerpräsident *Dr. Müller* erklärt, die error reports<sup>87</sup> würden nicht mehr von den unteren Stellen, sondern nur mehr von der Spitze der Militärregierung eingelegt werden.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, vor allem müsse man die Schwierigkeiten auf unserer Seite beseitigen. Durch die schematische Einlegung von Berufungen gehe nichts vorwärts.

Staatssekretär *Dr. Lacherbauer* regt an, die öffentlichen Kläger zusammenzurufen und ihnen zu erklären, daß sie die eingelegten Berufungen noch einmal zu überprüfen hätten.

Staatssekretär *Jaenicke* stellt *Dr. Pundt* vom Regierungsflüchtlingskommissar in Würzburg zur Verfügung, der Volljurist sei.

Staatsminister *Dr. Hagenauer* erklärt, für die großen Fälle habe man auch keine Sachbearbeiter. Wer solle in diesen die Erhebungen vornehmen? Dazu brauche man eine Art Untersuchungsrichter, die er aber auch nicht habe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* schlägt vor, daß in dieser Frage noch einmal eine Rücksprache stattfinde. Vielleicht könne man doch noch etwas erreichen.

### [XIII. ] Stellvertreter des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen<sup>88</sup>

Staatssekretär *Jaenicke* ersucht, heute noch eine Entscheidung hinsichtlich seines Stellvertreters zu treffen. Bereits vor dem Fall Ziegler habe man grundsätzlich dem Gedanken zugestimmt, daß die Koalition beendet sei, und beide Vertreter abzurufen. Er habe besonderen Wert darauf gelegt, daß sein Stellvertreter bayerischer Beamter sei, etwas könne und leiste und mit den Verhältnissen vertraut sei.<sup>89</sup> Nach langem Suchen sei es ihm gelungen, den Oberverwaltungsgerichtsrat *Dr. Adam*<sup>90</sup> zu finden, der vom Ministerrat am 23. Dezember zum

Kabinett Hoegner I, *Protokolle Schäffer* S. 76f. Der Referent der StK, Hans von Herwarth, äußerte im September 1991 gegenüber dem Bearb., wenn es Probleme mit der Militärregierung gegeben habe, habe man sich immer an Murphy gewandt: „Murphy war so der Schutzheilige von Bayern“. *S. Murphy; Herwarth.*

84 Vgl. *Henke*, *Trennung* S. 66–83; *Broszat*, *Siegerjustiz*.

85 Vgl. *Protokolle Hoegner I* Einleitung S. XCVIIIff.

86 Die Formulierung geht auf eine hs. Änderung MPr. Ehard zurück. Der Halbsatz hatte im Registraturexemplar zunächst gelaute: „...., dann sei es kaputt“ (StK-MinRProt 10).

87 OMGB nahm zu jedem Spruch einer Spruchkammer Stellung und erklärte, daß es ihn als „nicht irrig“ anerkannte bzw. andernfalls ablehnte (daher die Bezeichnung dieser Stellungnahmen als „error reports“). Im Fall der Ablehnung mußte das Verfahren wieder aufgenommen werden.

88 Vgl. Nr. 9 TOP XVIII.

89 Die Berufung des bayer. Berufsbeamten *Adam* zum Stellvertreter von *Jaenicke* bewertet *Bauer*, *Flüchtlinge* (S. 126) als ersten Schritt zur Eingliederung der Flüchtlingssonderverwaltung in die reguläre Ministerialverwaltung.

90 *Dr. jur. Robert Adam*, geb. 1894, Direktor Arbeitsamt München, 1929 Direktor Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, Oberverwaltungsgerichtsrat, 1947/1948 MinDirig und Stellv. Des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen, 1952–1957 Mitglied des Bayer. Verfassungsgerichtshofs, 1953–1957 2. Vertreter des Präsidenten.

Ministerialdirigenten berufen worden sei.<sup>91</sup> Adam hätte aber seinen Eintritt davon abhängig gemacht, daß ihm das Gehalt für 4 Monate automatischen Arrest nachgezahlt werde.

Staatsminister *Dr. Kraus* bezeichnet dies als ausgeschlossen. Das sei von der Militärregierung verboten.

Staatssekretär *Dr. Müller* erklärt, wenn Staatssekretär Jaenicke die Zustimmung der Militärregierung erreiche, sei das Finanzministerium bereit, zu bezahlen.

Staatssekretär *Jaenicke* erklärt, er werde den Versuch Unternehmern. Wenn er auch nichts erreiche, müsse Adam das einsehen. Was Reitzner betreffe,<sup>92</sup> so habe dieser sich bereit erklärt, als Abteilungsleiter zu bleiben und die Abteilung 2<sup>93</sup> zu übernehmen. In absehbarer Zeit wolle er aber doch ausscheiden. Für den ausgeschiedenen *Dr. Usler*<sup>94</sup> brauche er einen Ersatz. Hiefür schlage er *Nentwig*<sup>95</sup> vor. Dieser nehme aber nur an, wenn er Beamter werde. Er sei der Ansicht, daß man ihn zum Regierungsdirektor ernennen solle.

Staatsminister *Dr. Kraus* fragt an, wie alt *Nentwig* sei.

Staatssekretär *Jaenicke* erwidert, 36 oder 37 Jahre.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* meint, da Bedenken geltend gemacht würden, man solle *Nentwig* zunächst einmal hereinnehmen und ihm die Ernennung zum Beamten in Aussicht stellen.

Staatssekretär *Jaenicke* erwidert, er sei damit einverstanden, zweifle aber daran, daß *Nentwig* einverstanden sei.

Staatsminister *Dr. Ankermüller* erklärt, es seien Zweifel entstanden, ob vom Ministerrat die Ernennung Adams zum Ministerialdirigenten schon beschlossen worden sei.

Staatsminister *Dr. Kraus* fragt, ob eine solche Stelle überhaupt bestehe.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt, die Sache könne erst erledigt werden, wenn sie vom Finanzministerium überprüft worden sei.

Es wird folgender Beschluß gefaßt:

Im Zuge der Neuorganisation des Bayerischen Staatsministeriums des Innern wird für das Flüchtlingswesen eine neue Abteilung eingerichtet, an deren Spitze zur Angleichung der Interessen zwischen Alt- und Neubürgern der bayerische Oberverwaltungsgerichtsrat *Dr. Robert Adam* zugleich als Vertreter des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen tritt. Die bisherige, auf der nicht mehr bestehenden Koalition bestehende Regelung der Stellvertretung wird aufgehoben.

#### [XIV. ] Ausgabe von Schnittholzabsenkungsscheinen

Staatssekretär *Fischer* führt aus, die Holzwirtschaftsstelle weigere sich, die Nadelschnittholzabsenkungsscheine, wie sie vom Ministerrat beschlossen worden seien, auszugeben. Er bitte um eine Bestätigung dieses Beschlusses.<sup>96</sup>

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stellt fest, daß kein Anlaß besteht, diesen Beschluß zu ändern.

#### [XV. ] Termin des nächsten Ministerrats

Als Termin des nächsten Ministerrats wird Montag, der 26. Januar, 15 Uhr, in Aussicht genommen. Es sollen insbesondere behandelt werden: Das Baustoffnotgesetz, das Gemeindewahlgesetz und das Gesetz zur Sicherung der Brennstoffversorgung.

91 Ein entsprechender Beschluß wurde vom Ministerrat (vgl. Nr. 11) lt. Protokoll nicht gefaßt. Vgl. ferner die Bemerkung von Staatsminister *Ankermüller* etwas weiter unten in diesem TOP.

92 Vgl. Nr. 6 TOP II und Nr. 9 TOP XVIII.

93 Vgl. *Bayer. Jahrbuch* 1949 S. 60 f.

94 Vgl. zu seiner Person Nr. 6 TOP II; dort *Uhsler*.

95 *Georg Nentwig*, geb. 1906, Jurist, seit 1936 bei der Wehrmachtsjustiz, 1943 Oberfeldrichter, 1946–1948 Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle der CSU, Geschäftsführer des Landesflüchtlingsausschusses beim Landesvorstand der CSU, 1948 Abteilungsleiter im Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen, 1949 ORR und Stellv. Leiter des Landeszugsamtes, 1955 RegDir im inzwischen für das Flüchtlingswesen zuständigen StMArb, anschließend Senatspräsident am Bayer. Landessozialgericht.

96 Vgl. Nr. 10 TOP III V.

Der Bayerische Ministerpräsident  
gez.: Dr. Hans Ehard

Der Generalsekretär des  
Ministerrats  
gez.: Claus Leusser  
Ministerialrat

Der Leiter der  
Bayerischen Staatskanzlei  
gez.: Dr. Anton Pfeiffer  
Staatsminister